Zeitschrift: Curaviva: Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 80 (2009)

Heft: 4: Energie : wie die Stromkosten gesenkt werden können

Artikel: Überfällige Pflegereform in Deutschland wir in einem Beitrag des ZDF

thematisiert : Tagessatz von 2.68 Euro für die Betreuung von Menschen

mit Demenz

Autor: Hansen, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-804886

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Überfällige Pflegereform in Deutschland wird in einem Beitrag des ZDF thematisiert

Tagessatz von 2.68 Euro für die Betreuung von Menschen mit Demenz

Mit der anstehenden Pflegereform in Deutschland sollen auch an Demenz erkrankte Menschen besser unterstützt werden. Aber die Mittel der obligatorischen Pflegeversicherung reichen dafür nicht aus. Ein Blick über die Grenze zeigt, dass die Dementenbetreuung in Deutschland kaum finanziert wird.

Robert Hansen

«Pflegereform unbezahlbar» betitelte das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) seinen Beitrag in der Sendung Frontal 21 vom 24. Februar. Die Reportage zeichnet ein düsteres finanzielles Bild bei der Betreuung von Menschen mit Demenz in Deutschland. Die Prognosen der Alzheimer Gesellschaft Deutschland gehen von mehr als einer Verdoppelung der Demenzerkrankungen bis ins Jahr 2050 aus: Von heute 1,2 Millionen auf 2,6 Millionen. «Da kommt was zu auf eine alternde Gesellschaft. Und auf die Pflegeversicherung. Sie soll nach dem Willen der Regierung künftig auch die unterstützen, die altersverwirrt sind und ihr Leben nicht mehr ohne Hilfe bewältigen können», sagt die Moderatorin einleitend. Allerdings verschiebe die Grosse Koalition von CDU und SPD die «längst überfällige Reform» auf einen Zeitpunkt nach den Bundestagswahlen, die kommenden Herbst stattfinden.

Betreuung durch Angehörige

Hedwig Sayk betreut seit vier Jahren ihre an Demenz erkrankte Mutter. Sie ist eine von vielen Angehörigen, die sich zusätzlich zur regulären Arbeit einer solchen Aufgabe stellen. «Mein Tagesablauf ist so eine Art 14- bis 16-Stunden-Tag. Ich habe zwei Berufe. Ein Beruf ist Mutter», sagt Hedwig Sayk. Täglich kommt sie zwischen 6.30 und 7 Uhr zu ihrer Mutter, trinkt mit ihr eine Tasse Kaffee, frühstückt mit ihr gemeinsam und wäscht die 87-Jährige, die an Inkontinenz leidet. «Im Hintergrund tickt natürlich immer die Uhr», sagt

die Berufstätige, die nach ihrer Arbeit wieder ins Elternhaus kommt, kocht und später ihre Mutter wieder ins Bett bringt. Der zeitliche Aufwand ist ein Aspekt, der finanzielle kommt noch hinzu: «Ich habe von meinem Geld immer monatlich etwas dazugesteuert. Wenn ich weniger arbeiten würde, hätte ich weniger Einkünfte, das müsste ich irgendwie versuchen zu kompensieren. Im Moment reicht es uns gerade so. Die Frage ist, wie lange es reicht.»

Ihrer Mutter wurde die Pflegestufe 2 zugesprochen. Sie erhält damit 410 Euro pro Monat, zudem seit kurzer Zeit 200 Euro für die Versorgung – umgerechnet knapp 900 Franken pro Monat. Damit habe sie noch Glück, denn viele Demenzkranke würden gar keine Unterstützung von der Pflegeversicherung erhalten. «Wohl nur dem, der noch Geld oder Angehörige hat», sagt die Moderatorin. «Dabei sind es gerade Angehörige, die die Pflegeversicherung vor dem Kollaps bewahren. Professionelle Pflegedienste und Heime kommen die Kassen sehr viel teurer zu stehen.» Die 1995 in Deutschland als Entlastung der Sozialhilfe eingeführte obligatorische Pflegeversicherung schreibt seit 1997 rote Zahlen. Sie leistet finanzielle Unterstützung bei mehr als sechs Monate dauernder häuslicher und stationärer Pflege, wird primär über Lohnprozente in Höhe von 1.95 Prozent des Bruttolohnes gespiesen und ist als Pflegekasse den Krankenkassen angegliedert. Laut Bundesministerium für Gesundheit betrug das Defizit alleine im Jahr 2007 umgerechnet 480 Millionen Franken, ausgeglichen durch Rücklagen.

Am Beispiel eines Pflegeheims im Bundesland Thüringen im Osten Deutschlands wird exemplarisch aufgezeigt, wie aufwendig und gleichzeitig kaum durch die Sozialversicherung unterstützt die Betreuung von Menschen mit Demenz ist. «Obwohl sich Demenzkranke ohne fremde Hilfe nicht mehr zurecht finden, sind sie nach geltenden Bestimmungen nicht pflegebedürftig. Eine spezielle Betreuung mit viel menschlicher Zuwendung ist eher die Ausnahme. Dafür gibt es allerdings viel zu wenig Geld», wird



im Fernsehbeitrag kritisiert. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen im Heim leiden an Demenz. Einige sind Tagesgäste, andere leben in der Institution. «Seit 1. 10. 2008 gilt für die Demenzkranken ein Be-

Demenzangebote im Internet

Vergleichbar mit der Schweizerischen Alzheimervereinigung hat die Deutsche Alzheimer Gesellschaft einen Internet-Service aufgeschaltet, der Angehörigen von Demenzkranken die Suche nach Unterstützungs- und Entlastungsangeboten erleichtert. «Im Internet sind die für Angehörige wichtigen Adressen oft nur mit Geduld und pfadfinderischem Geschick zu finden» begründet die Vereinigung ihr neues Angebot. Ziel ist, die vorhandenen Angebote möglichst flächendeckend zu erfassen. Die verlinkten Seiten wurden zudem mit einem bis fünf Sterne auf ihre Qualität bewertet – die sehr grosse Unterschiede aufweist. Das Internetangebot wird laut den Initianten die persönliche Beratung nicht ersetzen und auch keine Entscheidungshilfen für oder gegen ein bestimmtes Angebot liefern. Aber die Hilfesuchenden könnten sich mit den elektronisch gefundenen Informationen auf die Beratungsgespräche in den regionalen Alzheimer Gesellschaften vorbereiten.

Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiiert und unterstützt. Der Bundesverband Deutsche Alzheimer Gesellschaft veröffentlicht wie die Schweizerische Alzheimergesellschaft Broschüren, organisiert Tagungen und betreibt ein Alzheimer-Telefon, das Betroffenen, Angehörigen und Berufsleuten zur Verfügung steht. (roh)

www.deutsche-alzheimer.de, www.alz.ch

treuungssatz von 2.68 Euro pro Tag. Das wird von den Kassen finanziert», sagt Heimleiterin Heike Probst. Das sind 4 Franken pro Tag. Für die Gesamtkosten eines Heimaufenthaltes kommen die Bewohnenden selber auf, abzüglich eines Beitrags der Pflegeversicherung, abhängig von der Pflegestufe. Dieser Beitrag liegt derzeit umgerechnet zwischen 1500 und 2600 Franken – sofern eine Pflegestufe überhaupt anerkannt wird. Wenn die eigenen Mitteil nicht reichen, hilft das Sozialamt.

Grosser Reformbedarf

Mit dem heutigen System der drei Pflegestufen werden Demenzkranke nicht unterstützt. «Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen wurden über dieses Instrument gar nicht erfasst. Deshalb war es notwendig, eine Reform einzuläuten», sagt Stefan Görrses, Pflegewissenschaftler an der Universität Bremen. Die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) habe diese denn auch stolz verkündet, wird im ZDF-Beitrag erwähnt. «Was das Ganze kosten darf, sagt sie nicht.» Die Ministerin beauftragte eine Kommission, Vorschläge zu unterbreiten. «Wir haben im Auftrag des Beirates verschiedene Szenarien errechnet. Einige gingen Richtung Kostenneutralität. Ein Szenario rechnete mit 300 Millionen Mehrkosten. Ein Szenario ging von vier Milliarden Euro Mehrkosten aus. Man kann sich viele Szenarien dazwischen vorstellen», präsentiert Stefan Görrses das Resultat. Auch Elisabeth Steinhagen-Thiessen, Chefärztin Geriatrie an der Charité in Berlin, geht künftig von deutlich höheren Belastungen für die Pflegeversicherung aus: «Das wird wesentlich mehr kosten. Das ist auch kein Geheimnis. Das wissen unsere Politiker. Aber so wie wir mit unseren alten Menschen in unserer Gesellschaft umgehen, ist das doch ein Mass für unsere eigenen Wertevorstellungen», spricht sie den ethischen Aspekt an.

Kein Terminplan

Beim Gesundheitsministerium in Berlin erhalten die ZDF-Reporter weder Auskunft über die zu erwartenden Aufwendungen noch

Ziele setzen:Pflege, Bildung, Management

Weiterbildungszentrum für Gesundheitsberufe

Besuchen Sie uns am **SBK Kongress**

13.-15.05.09 in Davos

Kurparkgeschoss, Haus C,

Foyer C1 / Stand C1-6

Nachdiplomstudium Pflege

Modulare und zeitlich flexible Studiengänge

NDK Pflege mit gewähltem Schwerpunkt

- Akute Pflege
- Pflege chronisch kranker Menschen
- Komplementärmedizinische Pflege
- Case Management in der Pflege
- Geriatrische Pflege
- Palliative Pflege
- Schulung und Beratung
- Kinaesthetics in der Pflege

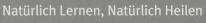
NDS Pflege mit gewähltem Schwerpunkt

- Patientenedukation
- Forschungsanwendung in der Praxis

Nächste Infoveranstaltung am 10. Juni 2009 am WE'G in Aarau von 17.00-19.00 Uhr

WE'G Mühlemattstrasse 42 **CH-5001 Aarau** Telefon +41(0)62 837 58 58 Fax +41(0)62 837 58 60 E-Mail info@weg-edu.ch

www.weg-edu.ch





Naturärztin/Naturarzt

Vierjähriges Studium gemäss EMR-Richtlinien mit den Fachrichtungen:

- Klassische Homöopathie
- Trad. Chinesische Medizin
- Trad. Europäische Naturheilkunde

Studienbeginn: Oktober 2009

Verkürztes Studium für Pflegefachleute

AKADEMIE FÜR NATURHEILKUNDE

Eulerstrasse 55, 4051 Basel Tel. 061 560 30 60, www.anhk.ch

EDU O UA

■ ■ Basler Bildungsgruppe



Aktivierung aus erster Hand.

Höhere Fachausbildung in Aktivierung HF (3-jährige Ausbildung mit Diplom)

Fachperson in aktivierender Betreuung FAB 25 Tage modulare Weiterbildung mit Zertifikat

Fachverantwortliche oder Fachverantwortlicher in Alltagsgestaltung und Aktivierung FAA
17 Tage modulare Weiterbildung mit Zertifikat

Fachkurse zur Beruflichen Fortbildung

Infoveranstaltungen

29. April, 23. Mai und 24. Juni 2009 Bitte unbedingt anmelden: www.medi.ch



medi | Zentrum für medizinische Bildung | Aktivierung Max-Daetwyler-Platz 2 | 3014 Bern | Tel. 031 537 31 10 | at@medi.ch über den Fahrplan: «Es ist eine Systemumstellung, die gut vorbereitet werden muss und Zeit braucht», lautet die schriftliche Stellungnahme. «Im Wahljahr spielt die Politik auf Zeit. Denn in Wahrheit geht es bei der derzeitigen Finanzlage der Sozialkassen um eine schmerzhafte Alternative: Höhere Beiträge oder Leistungskürzungen», so das Fazit der Redaktion. Das glaubt auch Ulrike Mascher, Präsidentin des grössten Deutschen Sozialverbandes VdK, der mit 1,4 Millionen Mitgliedern die Interessen von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranken, Senioren und Patienten vertritt: «Befürchtungen sind, dass man zum Beispiel die Pflegestufen 1 im stationären Bereich ganz rausnehmen wird und nur noch schwer und Schwerst-Pflegebedürftige im stationären Bereich durch die Pflegeversicherung abdecken wird. Oder Leistungen sollen begrenzt werden.» Wann und ob die verkündete Reform in Deutschland überhaupt verabschiedet wird, bleibt ungewiss.

Hedwig Sayk, die ihre Mutter pflegt, weiss denn auch nicht, ob sie für ihre Arbeit je mehr Unterstützung erhält. «Für mich ist es wichtig, dass meine Mutter da ist und ich alles mit ihr abgesprochen habe. Aber meine Mutter würde jetzt nicht mehr leben, wenn ich mich damals nicht für sie entschieden hätte.»

Zahlen des Statistischen Bundesamtes

Das Deutsche Statistische Bundesamt (Destatis) veröffentlichte kürzlich die Heimkosten, wie sie Ende 2007 verrechnet wurden: In der höchsten Pflegestufe 3 stellten die Pflegeheime durchschnittlich 2766 Euro in Rechnung, umgerechnet rund 4200 Franken pro Monat, dies für die Pflegeleistungen wie auch für Kost und Logis. Für die niedrigste Pflegestufe 1 wurden durchschnittlich 2900 Franken eingezogen.

Die Kosten differieren geografisch stark. In Sachsen-Anhalt, im Osten Deutschlands, betrug die durchschnittliche Monatsrechnung für die Pflegestufe 3 3400 Franken. Am oberen Ende der Statistik rangieren Heime in Nordrhein-Westfalen mit umgerechnet 4700 Franken. Der 4. Bericht «Ländervergleich – Pflegeheime» ist unter **www.destatis.de** im Bereich Publikationen abrufbar. (roh)

Anzeige





Hochschule für Angewandte Wissenschaften